

„Kein Bauer mit 'ner Kuh wählt heut noch CDU“

Eine neue Agraropposition bekämpft die Bonner Landwirtschaftspolitik

Wann immer Ignaz Kiechle in deutschen Landen um Verständnis für die Bonner Politik werben will, muß er damit rechnen, ähnlich begrüßt zu werden wie von den rund tausend Teilnehmern einer Veranstaltung des Kreisbauernverbandes in Fulda – mit Preßluftfanfaren, Trompeten und Transparenten: „Mit Kohl, Kiechle, Heereman fing bei uns die Pleite an.“

In Fulda mußte Kiechle den böse brodelnden Saal durch eine Hintertür betreten. In Dithmarschen, wo schon in den zwanziger Jahren Bauern mit Bomben gegen Bonzen protestiert hatten, wurde der Minister mit Morddrohungen empfangen. Eine Kiechle-Rede vor 1500 Landwirten in der Husumer Kongreßhalle ging, wie Lokalreporter notierten, zeitweise in „infernalischem Lärm“ unter.

Wo immer der Allgäuer die Agrarpolitik des Kohl-Kabinetts präsentieren will, hat er schon vor seinem Auftritt verloren. Ganz gleich, ob Kiechle, wie in Dortmund, fast weinerlich um Gehör bittet („Ich bin doch selbst Bauer“) oder ob er genervt raunt: „Es nutzt doch keine Tute und keine Sirene, wenn das Geld ausgeht“ – ruhigstellen kann er seine Bauern nicht mehr.

* Am 14. April in Welze bei Hannover.

Für Unruhe sorgen neuerdings, innerhalb wie außerhalb der traditionellen Verbände der Landwirtschaft, Gruppen und Grüppchen rebellischer Bauern, die sich selber als Teil einer bundesweiten „Agraropposition“ verstehen.

Vor allem kleinere und mittlere Landwirte sehen sich durch die Bonner und Brüsseler Agrarpolitik, von der Milchquotenregelung bis hin zur Flurberreinigung, in ihrer Existenz bedroht. Sie fühlen sich weder durch die CDU/CSU noch durch den Deutschen Bauernverband vertreten, an dessen Spitze mit dem Gutsherrn Constantin Freiherr Heereman von Zuydwyck ein Unionschrist den Ton angibt.

Schon vor den schleswig-holsteinischen Kommunalwahlen hatten Agraroppositionelle deutlich gemacht, wie zerrüttet mittlerweile das Verhältnis zwischen Bauernschaft und Union ist – eine Beziehung, die lange Zeit einer Musterhe glieh.

In der Kieler Ostseehalle forderte Peter Johannsen, Vorsitzender des Jungbauernverbandes, unter dem Beifall von 9000 Landwirten den Rücktritt des Bonner Finanzministers Gerhard Stoltenberg vom CDU-Landesvorsitz. Der Bauer Herbert Heuer, Sprecher einer „Interessengemeinschaft für eine gerechte

Milchmengenverteilung“, befand, die Milchpolitik der Bundesregierung gleiche einer „Wahlempfehlung von Landwirtschaftsminister Kiechle gegen seine eigene Regierung und gegen die Union“.

Jetzt, vor der Niedersachsen-Wahl, verheißen Transparente demonstrierender Landwirte der Union ebenfalls wenig Gutes. Typischer Text: „Kein Bauer mit 'ner Kuh wählt heut noch CDU.“ In Bauernversammlungen ernten regelmäßig diejenigen Beifall, die für Wahlabstinz werben.

In Dickel bei Diepholz nahe Bremen kamen jüngst sechzig Hofbesitzer zusammen, um durch einen „Aufruf zum Wahlboykott 1986“ in Niedersachsen „politischen Druck auszuüben“. Die agraroppositionelle Zeitschrift „Bauernblatt“ kommentierte: „Ein Wahlboykott wäre ein wichtiger, bewußter Schritt, nicht mehr alles mitzumachen. Was spricht dagegen, diesen Schritt zu machen?“

Albrecht muß solche Stimmen ernst nehmen. Denn ähnlich wie die Boykottwerber denkt offenbar eine wachsende Zahl von Bauern. Schon im Dezember letzten Jahres meldete die Fachzeitschrift „top agrar“, daß sich jeder zweite Landwirt von keiner politischen Partei richtig vertreten fühle. Fast jeder vierte

Bauernprotest in Niedersachsen*: „Ein Wahlboykott wäre ein wichtiger Schritt“



Landwirt wolle das nächste Mal gar nicht wählen.

Immer häufiger nehmen sich die ländlichen Protest-Lyriker den Christunionler Kiechle persönlich vor. „Ignaz Kiechle dick und rund – die Höfe sind nicht mehr gesund“, klingt es da oder, aggressiver noch: „Kiechle, setz dich durch in Brüssel, sonst gib't's was auf den Rüssel.“

Selbst dem christdemokratischen Bauern-Präsidenten von Heereman gelingt es nicht mehr, das Landvolk auf Unionslinie zu halten. Im Gegenteil: Gerade an der Figur des Freiherrn, der aus der Sicht seiner Widersacher vor allem die Interessen der agroindustriellen Großbetriebe und der Großchemie verfolgt, entzündet sich zunehmend Kritik.

In Gütersloh hielten Landwirte im Februar ihrem Präsidenten Anzügliches

wersenen, jahrelang Funktionär des holsteinischen Bauernverbandes, nun im Lager der Opposition, erklärte die Heeremansche Amterhäufung kurz zum „Verrat am Berufsstand“.

Wachsenden Unmut bekommen auch die Bauernfunktionäre überall in den Regionalverbänden zu spüren. Um ihren Kredit an der Basis nicht völlig zu verspielen, machen sich manche Vertreter den Zorn des Landvolks zu eigen. Der saarländische Bauernverband etwa forderte Kiechle wegen dessen „agrarpolitischer Rat- und Konzeptlosigkeit“ schon zum Rücktritt auf.

Allerorten sehen sich die – zumeist unionsnahen – Verbandsoberen in einem politischen Dilemma: Geben sie dem Druck der Basis nach, droht Zoff mit der Regierungspartei; begegnen sie den verbandsinternen Kritikern mit Raus-



Minister Kiechle, Bauern*: „Es nutzt keine Tute und keine Sirene“

vor die Nase: „Bauern und Bayer-Leverkusen – man kann doch nicht mit beiden schmusen.“ Und vor 400 Bauern im Rendsburger Hotel „Conventgarten“ fragte Siegfried Bienemann, einer der eifrigsten Organisatoren der Bauernopposition im Norden, ob er denn „mal vorlesen soll, wo der Heereman überall seine 22 Posten hat“. Die holsteinischen Landwirte munterten ihn auf: „Ja, dat mok man.“

Bienemann zitierte eine lange Liste, die unter anderem Heeremans Aufsichtsratsposten bei Bayer, der Deutschen Genossenschaftsbank, der Handels- und Privatbank und bei Klöckner-Humboldt-Deutz verzeichnet. Als Bienemann gendert hatte, fragte einer der Zuhörer, wo der Freiherr von Heereman „denn seine Schwielen hat – an den Händen oder am Hintern?“ Broder Ing-

schmiß, verlieren sie vollends den Einfluß auf die Agraropposition.

Beispiel Niedersachsen: Statt den bauerlichen Unmut aufzugreifen, versuchten die Verbandsoberen dort die Unruhe stif-

Eine „grün-grüne Front“ aus Bauern und Naturschützern

ter loszuwerden. Wie riskant diese Strategie ist, zeigte sich im Herbst letzten Jahres im Ostfriesischen.

Zu den Landwirtschaftskammerwahlen im Bereich Weser/Ems trat dort erstmals eine oppositionelle Liste „Arbeitskreis Praktischer Landwirte“ an, mit lediglich zwei Wahlaussagen: „1. Wir sind gegen die Milchquotenregelung. 2. Der Bauernverband lügt.“

Als die Rebellen auf Anhieb fast ein Drittel der Stimmen erhielten, warf das

Frisch getagt, **Dorint** ist halb gewonnen - meint **Dorint**

Frisch und ausgeruht aufwachen, gut frühstücken vom DORINT-Frühstücksbuffet. Dann tagen in hellen Räumen mit Tageslicht. Bequem sitzen auf textilbezogenen Stühlen. Tagen mit optimalen Hilfsmitteln: vom Flipchart über Overhead-Projektoren



bis zum Videogerät: Und in der Freizeit fit werden im Hallenbad oder in der Sauna. Mit netten Menschen plaudern an der Bar. Verwöhnt werden vom DORINT-Küchenschef.

So wird Ihre Tagung, Ihr Kongress, Ihre Konferenz, Ihr Meeting zu einem vollen Erfolg!

DORINT-Tagungshotels für 8 bis 540 Personen in:

- Arnsberg ● Arosen ● Bad Brückenau
- Bad Kissingen ● Bad Neuenahr ● Berg/Leoni (Starnb. See) ● Dreieich bei Frankfurt
- Feldberg/Hochschwarzwald ● Gostar
- Hameln ● Inzell/Obb. ● Kaiserslautern
- Kassel ● Mönchengladbach ● Offenburg
- Rüsselsheim ● Schönhagen/Ostsee
- Trier ● Winterberg ● Knokke/Belgien
- Spa/Belgien ● Beatenberg/Schweiz
- Engelberg/Schweiz

Sportlich tagen in den DORINT-

Sporthotels:

- Biersdorf/Südeifel ● Garmisch-Partenkirchen

Bitte ausschneiden, einsenden. Sie erhalten kostenlos:
 DORINT-Gesamtsprospekt „Tagungen“
 Tagungsunterlagen über das Hotel/die Hotels in

Name und Anschrift

Dorint Tagungsbüro
 Postfach 20 03 52, ☎ 0 21 66 - 45 88-0
 4050 Mönchengladbach 2

* In der Dortmunder Westfalenhalle.

„Landvolk“, die niedersächsische Gliederung der Heereman-Organisation, den Stimmführer Siegfried Sander aus dem Verband. Nun zählt Sander zu jenen Landwirten, die am lautesten zum Wahlboykott aufrufen.

Während die Bauernschaft zur Union mehr und mehr auf Distanz geht, verlieren sich, mit verblüffender Geschwindigkeit, überkommene Berührungspunkte gegenüber jenen gesellschaftlichen Gruppierungen, die lange Zeit als Erz-

Flurbereinigung beschleunigt das Bauernsterben

feinde der Landwirte hingestellt wurden: Sozis, Verbraucherverbände und sogar Naturschützer – eine „grün-grüne Front“ ist im Entstehen.

Öko- und Konsumentenverbände gelten den Agraroppositionellen aus gutem Grund als die besten Verbündeten. Denn die in Brüssel und Bonn betriebene Landwirtschaftspolitik – Motto: Wachsen oder weichen – vernichtet aus Sicht der Bauernopposition nicht nur die kleinen Familienbetriebe; die offizielle Förderung von Flurbereinigung und Großbetrieben, Intensivproduktion und Chemisierung zerstört zugleich das ökologische Gefüge der Agrarlandschaft und beeinträchtigt die Qualität landwirtschaftlicher Produkte.

Solche Einsichten haben in Bayern zu einer erstaunlichen Koalition geführt. „Zum ersten Mal“ in der Geschichte der deutschen Agrarpolitik fand letzten Monat, wie der Bund Naturschutz in Bayern das Ereignis würdigte, „eine große gemeinsame Kundgebung von Bauern, Verbrauchern und Naturschützern“ statt.

Mit einem „Oberpfälzer Bauerntag“ stellte sich in Schwandorf die „Bayerische Agraropposition“ der Öffentlichkeit vor, ein „loser Zusammenschluß“ des einflußreichen bayrischen Naturschutz-Bundes (65 000 Mitglieder), der Katholischen Landjugend, einer „Aktionsgruppe Bauern und Verbraucher“, einer „Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“ sowie diverser Gruppen von Protest-, Nebenerwerbs- und Öko-Bauern.

Der Agrarprotest, der sich in Schwandorf artikulierte, nimmt

* Bei einem Treffen in Kassel; mit Karl-Friedrich Osenberg (3. v. l.) und Arnold Weßling (5. v. l.).



Bauernführer von Heereman
„Schmusen mit Bayer-Leverkusen“?

sich gänzlich anders aus als seine Vorläufer in den fünfziger und sechziger Jahren. Damals gaben sich die Protestierer strikt ständisch, und viele waren anfällig für rechtsradikale Parolen. Noch Ende der sechziger Jahre rief der damalige Bauernpräsident Edmund Rehwinkel zur Wahl der NPD auf.

Das Klischee des bornierten, rückständigen Bauern ist mittlerweile überholt. Bauernprotest heute wird wesentlich bestimmt von gut ausgebildeten, oft diplomierten Junglandwirten, deren Blick auf die agrarpolitische Landschaft nicht am

eigenen Weidezaun endet. Das Betriebsergebnis ihres Hofes ist ihnen zwar nach wie vor wichtig, aber nicht mehr einzige Bestimmungsgröße der Kalkulation – aufgehen soll möglichst auch die ökologische Gesamtrechnung.

Vom Erscheinungsbild her passen viele der Bauern, die heute in Bewegung sind, eher auf eine Friedensdemonstration als auf eine Fronleichnamprozession. Die Parolen erinnern an Sprüche demonstrierender Studenten, etwa das Motto des Oberpfälzer Bauerntages – „Power to the Bauer“ – oder der bundesweite Kampfruf der Agraroppositionellen: „Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich.“

Harter Kern des neuen Bauernprotests sind eine Fülle von Selbsthilfeorganisationen, die zum Teil seit Jahren schon gegen amtliche Pläne zur sogenannten Flurbereinigung kämpfen. Von der Landschaftsbegradigung, argumentieren die Protestbauern, profitierten vor allem die Großbetriebe; die Flurbereinigung beschleunige daher das Bauernsterben.

Am Protest gegen die Flurbereinigung bildete sich zum Beispiel in der Fränkischen Schweiz vor zwei Jahren eine „Interessengemeinschaft Bayerischer Bauern“. Zu der Gruppe zählen kampferprobte Streiter wie der Landwirt Hans Beck aus dem Dorf Dobenreuth. „Wie die Baumaschinen der Flurbereinigungsbehörde angerollt kamen“, erinnert sich Beck, „haben wir uns mit unseren Trak-



Alternative Bauernführer*: „Wo hat der Freiherr seine Schwielen?“

toren in den Weg gestellt.“ Bei ihrem Kampf gegen die Agrarbeamten fanden die rebellischen Bauern häufig die Naturschützer an ihrer Seite – eine Erfahrung, die dazu beigetragen hat, daß mittlerweile fast ein Drittel der Mitglieder des Bundes Naturschutz in Bayern Landwirte sind.

Einmal in Bewegung, beschlossen die fränkischen Protestbauern, „den Erhalt der bäuerlichen Betriebe in den Mittelpunkt“ zu stellen. „Die Agrarpolitik, die uns Bauern zwingt, mit Hilfe immer modernerer Maschinen und mit immer mehr Chemie immer mehr zu produzieren“, heißt es in einem Grundsatzpapier, „bringt uns den sozialen Abstieg.“

Sprecher der fränkischen Bauern ist Fritz Memmert, 46, aus Marloffstein bei Erlangen, der auf seinem 42-Hektar-Hof Weizen und Klee anbaut und einige Pensionspferde hält. Wie viele seiner Mitstreiter ist Memmert eigentlich ein konservativer Mann. Um so deutlicher sitzt seine neue Erkenntnis: „Die CSU hat versagt. Franz Josef ist für die Industrie, aber gegen die Bauern.“

Mehr noch als die umstrittene Flurbereinigung hat die Bonner Milchpolitik der neuen Agraropposition Anhänger zugetrieben – ein Thema, das wie kaum ein anderes das Landvolk erzürnt (siehe Kasten Seite 44).

Nachdem Ignaz Kiechle im Frühjahr 1984 den deutschen Landwirten zur Drosselung der Milch-Überproduktion eine Quotenregelung aufgedrückt hatte, bekam er selbst in Leitartikeln des „Allgäuer Bauernblattes“, an dessen Verlag der Minister beteiligt ist, Kritisches zu lesen: Die Regelung sei von einer selbstklugen Bürokratie in aller Eile zusammengeflickt worden und enthalte unglaubliche Mängel.

Ähnlich vernichtend urteilten Bauerninitiativen wie die holsteinische „Interessengemeinschaft für eine gerechte Milchmengenverteilung“, die schnell auf mehrere hundert Mitglieder wuchs: Es gebe keine Verordnung, „die mehr Dummheit, Willkür und Menschenverachtung enthält“ als Kiechles Milchpapier.

Von der Bonner Quotenpolitik, so die Agraroppositionellen, profitierten ausgerechnet die größeren Be-



Bauernprotest in Boxberg: „Bleibt auf dem Lande ...“

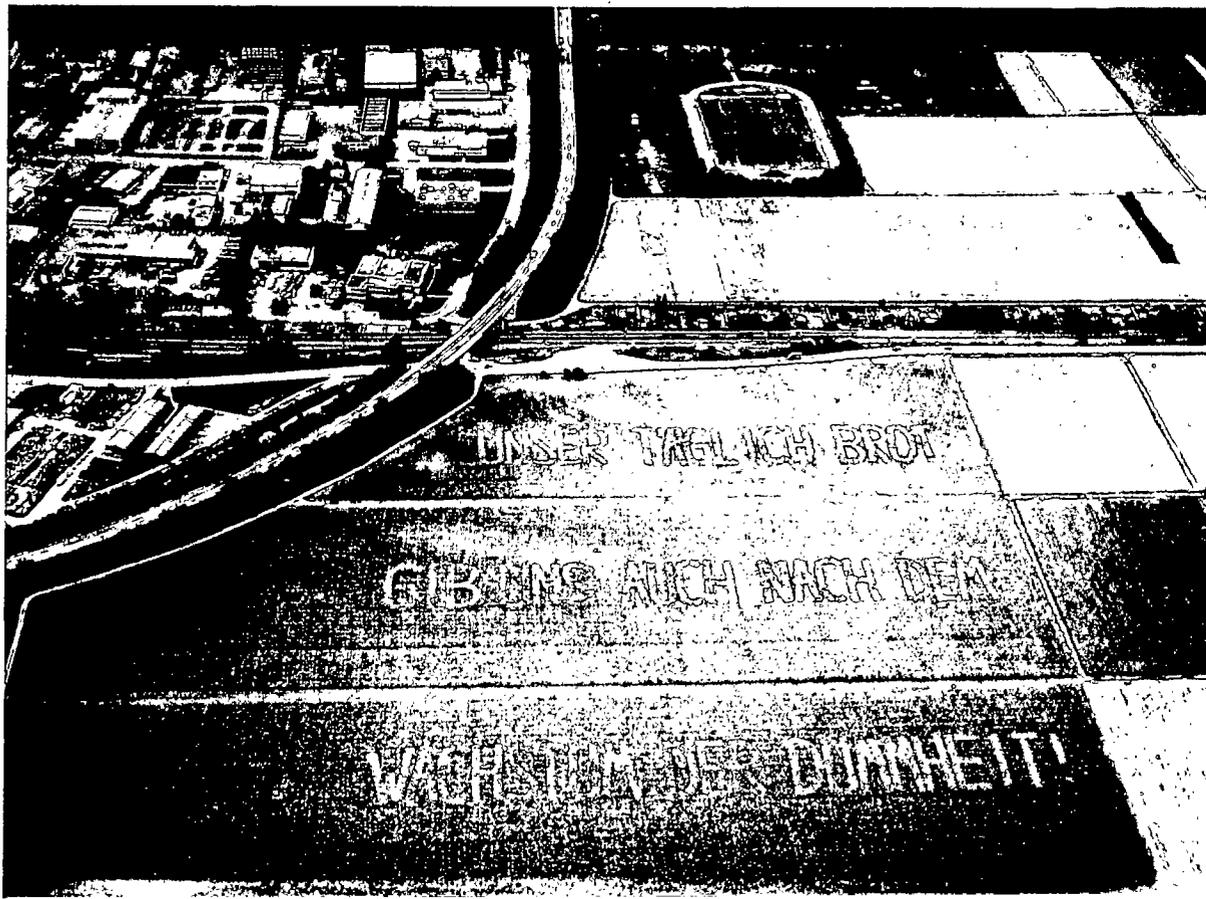
triebe, die mehr als die anderen für die Überproduktion verantwortlich seien. Kleineren Bauern dagegen drohe ein „Tod auf Quoten“.

Allein in Baden-Württemberg mußten in den letzten zwei Jahren 5000 Milchbauern aufgeben. In Westfalen wurde jeder vierte Milchbauer zum „Härtefall“. „Anstatt die Milchmenge zu reduzieren“, protestierten die Betroffenen, „reduziert Kiechle die Zahl der Bauern.“

Die vor zwei Jahren von zwanzig Gründungsorganisationen gebildete „Schutzgemeinschaft gegen die Milchkontingentierung“ hat mittlerweile sieben Beschwerden beim Bundesverfassungsgericht eingereicht.

Ihr Sprecher, der Landwirt Arnold Weßling, 37, aus Borgholzhausen in Westfalen, ist Mitglied und örtlicher Funktionär der CDU. Das hindert ihn aber nicht, deutlich zu werden. Mehr als einmal schon hat er als „Redner von

... und wehret euch täglich“: **Bauernprotest bei Tübingen***



* Mit 40 Meter hohen Buchstaben aus blühenden Maispflanzen protestiert ein Landwirt gegen ein Straßenbau-Projekt.

unten“ seinem Parteifreund Heereman den Spaß an Großveranstaltungen verdorben: „So manche uns gut bekannte Persönlichkeit des Bauernverbandes“, stichelt der Christdemokrat, „opfert die Interessen der Bauern zugunsten der Parteikarriere.“

Weßling, dem die Bauernrebellens-Pose gelegentlich noch etwas unheimlich ist, beruhigt sich und andere: „Wir kämpfen für ein redliches Ziel. Ich will nicht das System verändern. Ich will das System der bäuerlichen Landwirtschaft erhalten. Die Systemveränderer sind die anderen.“

in vielen Teilen der Bundesrepublik landzehrende technische Großprojekte zu verhindern trachten. Bauern protestierten oder protestieren beispielsweise

- ▷ gegen die geplante nukleare Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf (Parole: „WAA im Land heißt Bauernwiderstand“) oder, unter anderem, mit einem „Gorleben-Treck“ mit 400 Treckern, gegen Atomprojekte im niedersächsischen Kreis Lüchow-Dannenberg,
- ▷ gegen Kernkraftwerke wie im badischen Wyhl oder im bayrischen Pfaffenhofen (Motto: „Herr, schenk Du

eine publikumswirksame Konkurrenz erwachsen: Naturschützer und Bio-Bauern laden zeitgleich zu einer – vom Umweltbundesamt heftig begrüßten – „Giftgrünen Woche“ ein. Bevorzugtes Thema: Gift in Lebensmitteln.

Wenn die Veranstalter der Grünen Woche gelegentlich, um die kritischen Junglandwirte nicht vollends auszugrenzen, freimütig diskutieren lassen, sehen sie sich der Wut der Oppositionellen ausgesetzt. Zum Thema „Gentechnologie – Chancen und Gefahren“ etwa mußten Kiechle und Heereman in diesem Jahr außer den üblichen Buhrufen und



Gefährdeter bäuerlicher Familienbetrieb: „Die Agrarpolitik bringt uns den Abstieg“

„Wenn wir uns jetzt nicht wehren“, glaubt Weßling, „wird man uns in fünf Jahren gar nicht mehr fragen, weil es uns nicht mehr gibt.“ Ebenso wie die Flurbereinigungsgegner sich nicht mehr mit dem Kampf gegen die Flurbereinigung begnügen, kümmern sich die Quotengegner daher nicht mehr allein um die Milchpolitik.

In ihren Mitglieder-Rundbriefen fordert die Schutzgemeinschaft neuerdings auf zum Kampf für eine „grundsätzlich andere Politik“. Und konsequenterweise erörtern die Mitglieder nun, ob sie ihre Organisation nicht umbenennen sollen – in „Schutzgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft“.

Zulauf und Zuspruch verzeichnet die Agraropposition auch von einer Fülle von bäuerlichen Notgemeinschaften, die

Fried dem Donauried und schütz dies Land vor Unverstand“),

- ▷ gegen die geplante Teststrecke des Autogiganten Daimler-Benz im württembergischen Boxberg, der 614 Hektar „bestes Ackerland und schönste Wälder“ zum Opfer fallen sollen.

So wie die Boxberger Bauern, die als Zeichen ihres Zorns auch schon mal die schwarze Bundschuhfahne aus der Zeit der Bauernkriege schwenken, haben viele Agraroppositionelle einen ausgeprägten Sinn für spektakuläre und symbolhafte Aktionen. Damit suchen sie bisweilen sogar die traditionellen Jubelfeiern des westdeutschen Nährstandes heim.

Der offiziellen „Grünen Woche“ in Berlin ist schon vor einigen Jahren

Pffifen auch böse Reden junger Bauernsprecher über sich ergehen lassen: „Sie sind auf dem besten Weg, die bäuerliche Landwirtschaft kaputtzumachen.“

Sogar zum politischen Aschermittwoch im bayrischen Vilshofen, traditionell von der CSU bestritten, erschienen in diesem Jahr erstmals grün angehauchte Landwirte. Hias Kreuzeder, Bio-Bauer in Freilassing, referierte in einer Gegenveranstaltung zum Thema „Bauern, auf geht's – wehren wir uns gemeinsam“. Die Agrarexpertin der Grünen, Antje Vollmer, warb für einen „historischen Schulterschuß“ von Bauern und Verbrauchern.

An Verbündeten außerhalb der Landwirtschaft mangelt es den Agraroppositionellen schon jetzt nicht. Argumentationshilfe bekommen die Landrebell

„Ein lieber Mann und 50 000 Liter Milch“

Ein Allgäuer Bauerntheater schürt beim Landvolk die Boykott-Stimmung

Den Stallgeruch in der Festhalle zu Wolfertschwenden kann auch das kräftige Eau de Cologne einiger Besucherinnen nicht überdecken. Verlegen drängen die Gäste aus Dingisweiler, Gumpratsried, Bibelsberg und Volkratshofen in den modernen Vielzweckbau.

Es sind abgearbeitete Gestalten in wollenen Westén, rosawangige Dirndl. Vor dem Vergnügen stand die Stallarbeit, und jetzt, am Feierabend, „möcht ma scho a weng lacha“.

Fünfhundert Besucher – soviel kamen bislang nur zum Osterkonzert des Bäuerinnenchors. Nun zwingen sie sich in die engen Stuhlreihen, um „Zipfelmüllers Theatergruppe“ zu sehen, die mit einem Dreiakter zu Gast ist. Vorhang auf für den „Härtefall“, einen kracherten Schwank um Liebesleid und Bauernnot, der seit Monaten im Allgäu für Aufsehen sorgt.

Das heitere Stück mit ernstem Hintergrund zeigt den Fall des Bauern Burgstaller im Strudel der Milchquoten-Regelung. Die Loni, die Frieda – all seine Elitekühe dürfen plötzlich nicht mehr geben, wie sie könnten. Weil auch keine Härtefallregelung auf ihn zutrifft, will Burgstaller über die Verkupplung seiner Tochter sich ein entsprechendes Milchkontingent erschleichen. Denn „wer nit wächst“, weiß der agrarpolitisch gewitzte Ökonom, „der verreckt“.

Zu lachen gibt's genug. Da ist der knausrige Hochzeiter „Adelbert vom Schwäblisweiher“ aus dem Land der Häuselbauer oder die ohrenbetäubende schwarzbraune Haselnuß aus einer Heino-Parodie. „Leni hat nur zwei Wünsche“, formulieren die Burgstaller-Eltern eine Heiratsannonce für die Tochter, „einen lieben Mann und 50 000 Liter Milch.“ Das ist komisch, derb und unerhört wirksam.

Denn die Zipfelmüllers, eine zwölköpfige Laienspieltruppe, belassen es nicht bei den Tümligkeiten herkömmlicher Bauernstücke. Herrschaft, raunen die Leut' im Parkett, das sind ja wir, und als die gewisse Szene ansteht, der im pechschwarzen Allgäu fast schon der Ludergeruch der Rebellion anhaftet, wird es mucksmäuschenstill im Saal.

Es ist die Stelle, da der Obmann des Bauernbundes, der den Nachbarn gerade noch vor „den anderen, den Roten“ warnte, „die uns von hinten packen und uns zu Hobbylandwirten machen wollen“, kreidebleich zu werden hat. Alle wissen, was jetzt kommt: Wen er denn bei der im Herbst anstehenden bayrischen Landtagswahl wählen wolle, be-

fragt eine fiktive Reporterin den fiktiven Bauernführer. „Bis jiets“, antwortet der Landmann darauf, ganz bedächtig, „bis jiets hob i allat die Schwarze gewählt – dösmol gang i nit zur Wahl.“

Die kaum verhohlene Empfehlung zum Wahlboykott ist der vielbeklatschte Höhepunkt des Abends. „Enthaltung“ brüllt es zustimmend aus den Reihen, und manchmal fliegen auch schon rote Nelken auf die Bühne. „Zu Beginn unserer Tournee“, erzählt Theaterautor Ernst Wirthensohn, „haben die Leute noch schwer geschluckt.“ Jetzt ist zu sehen, daß dem Publikum die Sätze schmecken wie frisches Bier.

er „aufm Ranzen hereinschleifen“. Zornig: „Alle wollen's uns hiemachen, im Amt, die Schwarzen, der Ignaz.“

Das Allgäu, eine der agrarwirtschaftlich am intensivsten genutzten Regionen Europas, ist typisch für die verquere Agrarpolitik und obendrein für die unterschiedlichste Mentalität im gebeutelten Nährstand. Da gibt's den Unterländer Milchviehbauern, erfolgreich, selbstbewußt und notfalls auch lautstark. Ihn trifft die Produktionsbegrenzung weniger hart. Demgegenüber rackern achtzig Prozent der Vollerwerbslandwirte mit nur zwanzig Kühen im Stall am Existenzminimum. Dem Oberländer Bergbau-



Bauerntheater-Aufführung im Allgäu: „Dösmol gang i nit zur Wahl“

Im „Härtefall“ zeigen die Theatermacher ein Stück Bauernmisere aus der vielleicht bedeutendsten Wandlung landwirtschaftlicher Struktur seit Aufhebung der Leibeigenschaft. Ein „Fanal gegen das Bauernsterben“ wollen sie setzen. Denn die Begrenzung der Milchkontingente bei gleichzeitig fallenden Erzeugerpreisen bedeutet für die Mehrheit der Landwirte eine ruinöse Einkommensverschlechterung. Allein in Bayern mußten im letzten Jahr schon 3000 Höfe für immer die Stalltüren schließen.

„Schandzettel“ heißen deshalb auf der Bühne die Referenzmengenbescheide, „Sesselfurzer“ die Bonner Bürokraten, und den Agrarminister Kiechle, so schimpft Bühnen-Bauer Burgstaller in dessen eigenem Wahlkreis und unter johlendem Beifall des Publikums, werde

ern, als Huckelbauer verspottet, geht's mit der Neuregelung an die Substanz.

Daß ausgerechnet „unser Kiechle“, um dessen Allgäuer Betrieb nur kleine Höfe angesiedelt sind, laut Wirthensohn „jedes Gefühl für bäuerliche Wertvorstellungen verloren hat“, verstärkt den Unmut im Land. „Wenn jetzt auch noch Kiechles Rauskauf-Programm wahr wird“, so der Heimat-Dichter, „die Stilllegungsprämie für die Kleinen, größere Quoten und mehr Land für die Großen, ist der Würfel endgültig gefallen.“ Dann, prognostiziert auch der im Wolfertschwendener Festsaal verteilte Theaterzettel, gibt's nur noch den „gewerblich-industriellen Großbetrieb, der in einer ausgeräumten Landschaft Massen-Nahrungsmittel produziert“.

Als diplomierter Agraringenieur und Oberrat im Kemptener Landwirtschafts-

amt erlebte Wirthensohn, daß mit dem Streben nach Wachstum Bauern auch ihre Identität verlieren. „Der Vater“, sagt seine Jungbäuerin auf der Bühne, „will bloß immer mehr, jets will er sogar unsere Streuwiese drainieren, dos schönst Stück Natur von unserem Hof . . .“

Ein Jahr lang war Wirthensohn selbst Sachbearbeiter für Härtefälle. Getreu der Gesetzeslage mußte er gerade jenen Unternehmern noch dazugeben, die ihren Hof inzwischen als Kapitalanlage betreiben: „Wenn man dann einen Bergbauern, der nur sieben Kühe hat und alles noch per Hand macht, mit Tränen in den Augen hinausschicken muß, dann könnt' man gleich selbst mitheulen.“

Weil er als Beamter auch „kaum außerhalb der Regierungsmeinung agieren“ konnte, arbeitet der 47jährige heute als Bildungsreferent für den Bund Naturschutz in Bayern. Wirthensohn will den Bauern „klarmachen, daß Naturschutz nichts anderes bedeutet als Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der Landwirtschaft und damit deren Existenz“.

Den schauspielrunden Zipfelmüllers ist es dabei gelungen, genau jenes Publikum zu erreichen, das für derartige Aufklärung gemeinhin schwer zugänglich ist. Ihr stets ausverkauftes Bauerntheater ist deftig, aber nicht deppert, mundartlich, aber nicht nach dem Mund der Bonzen und knüpft an jene Zeit, als Bauern nicht nur als Jodler-Könige und Zither-Greise auf die Bühne stiegen. Zur Schau gestellte Tugenden wie Schlitzohrigkeit, Stolz und Widerstandsgeist sollen zudem daran erinnern, daß im Allgäu ein „heller Haufen“ vor gut vierhundert Jahren über Land zog, um mit einem Bauernaufstand Zinsknechtschaft und aristokratische Herrlichkeit abzuschütteln.

Im Beruf Bauer und Alpsenn wie ihre Zuschauer, spürt ein Großteil der Zipfelmüller-Crew den „Härtefall“ am eigenen Haus. Mit 2000 Mark haben sie ihr Stück vorfinanziert, sich gesunden beim Auswendiglernen der Texte, einen Lastwagen zum Transport der selbstgebastelten Requisiten angemietet und sich wohlüberlegt Aufführungsorte draußen in den Dörfern ausgesucht. Milchwagenfahrer bekommen Ehrenplätze, wenn sie die Kunde vom Theater auf Flugzetteln in die Höfe tragen. Die Gage ist armseelig: nach jedem Schwank ein Schnitzel.

„Aber unser Stück“, lacht Wirthensohn ganz zufrieden, „ist hochexplosiv, jeder Bauer kann es nachvollziehen.“ Sein „Wunschziel“ ist, sagt der Agrarfachmann, nach Selbsteinschätzung „konservativ bis auf die Knochen“, „daß die Bauern wieder das Richtige tun“.

Nicht, daß die Bauern nun die Sozials wählen würden. Aber „ein Denkmittel“ für die CSU, das wär' schon was.



Protestierende Landwirte in Niedersachsen*: „Power to the Bauer“

sogar aus dem Bonner Agrarministerium.

Noch unter Kiechles Vorgänger, dem Freidemokraten Josef Ertl, war 1979 eine Projektgruppe „Aktionsprogramm Ökologie“ mit der Ausarbeitung eines ökologischen Gutachtens beauftragt worden. Im agrarpolitischen Teil der Expertise attestierte der Wissenschaftler-Zirkel der Bonner Agrarpolitik Versagen auf der ganzen Linie – Landschaftszerstörung und Artenschwund durch Intensivproduktion, Grundwasserbelastung durch übermäßige und falsche Düngung, Bodenvergiftung durch Insektizide und Pflanzenschutzmittel, verminderte Nahrungsmittelqualität durch Intensivtierhaltung.

Die Ratschläge der wissenschaftlichen Gutachter sind nahezu identisch mit den Forderungen etwa der neugegründeten

Auch die Kirchen kritisieren die Christenunion

„Bayerischen Agraropposition“: Förderung alternativer Anbauweisen, Reduzierung des Düngemiteleinsatzes, Verbot umweltschädlicher Pflanzenschutzmittel.

Selbst auf die Kirchen können sich die Kritiker der christdemokratischen Landwirtschaftspolitik berufen. In einer Agrar-Denkschrift hat die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) 1984 für die Landwirtschaft ein „erneuertes Wertbewußtsein für Natur und Umwelt“ gefordert sowie, zum Beispiel, eine „Einschränkung von Massentierhaltung“. Kein Wunder, daß Mitglieder kirchlicher Landjugendgruppen sich bei den Agraroppositionellen durchweg bes-

ser aufgehoben fühlen als im Bauernverband.

Propagiert werden die Ansichten der kritischen Jungbauern von der Kampfpostille „Bauernblatt“, die monatlich in einer Auflage von 6000 Exemplaren erscheint. Die „Zeitung von Bauern für Bauern“ (Untertitel) hat sich mittlerweile zu einer Art Zentralorgan der bundesdeutschen Bauernopposition gemauert**.

Herausgegeben wird das Blatt von einer „Arbeitsgemeinschaft bäuerlicher Landwirtschaft“ (AbL), die 1973 aus einem „Arbeitskreis Junger Landwirte“ entstanden ist. Nur ein kleiner Teil der AbL-Landwirte sind Bio-Bauern. Die meisten wirtschaften konventionell – der Verband will mehrheitsfähig bleiben.

In ihren Schriften wettet die AbL gegen „Agro-Business und Massentierhaltung“, gegen „Überschußproduktion und Wachstumszwang“. Die jungen Bauern sehen ihren Berufsstand fest im Griff der Düngemittel- und Landmaschinen-Industrie, beherrscht von Futtermittelimporteuren, Agrarbanken und „EG-Gewinnlern“.

„Die deutsche Landwirtschaft“, klagt AbL-Vorsitzender Karl-Friedrich Osenberg, 33, werde derzeit „auf dem Scheiterhaufen der Industriegesellschaft und der EG-Industrie verbrannt“. Die Europäische Gemeinschaft, wettet der alternative Bauernführer, sei zum „Selbstbedienungsladen der Verarbeitungsindu-

* Im März 1979; gegen den geplanten Bau von Atoanlagen im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

** Arbeitsgemeinschaft „Bauernblatt“ (Hg.): „Bleibt auf dem Lande und wehret euch täglich. Materialien und Meinungen. Zusammengestellt aus „Bauernblatt“-Aufsätzen“, 10 Mark; Bezug: „Bauernblatt“, Nordrheida 3, 4840 Rheda-Wiedenbrück.

strie“ geworden: „Was aus Brüssel kommt, bedeutet Zerstörung.“

Die „stille Mehrheit der Bauern“ weiß Osenberg auf seiner Seite, wenn er die aberwitzigen Folgen der EG-Politik anprangert: „Von jeder Mark, die aus Steuergeldern in die EG-Kasse wandert, kommen nur 30 Pfennig beim Bauern an.“

Den „Bauernblatt“-Leuten laufen nach eigenem Bekunden empörte Landwirte zur Zeit „von selbst“ zu. Bei der jüngsten Mitgliederversammlung im Speisesaal der Kasseler Jugendherberge klagten Vorstandssprecher: „Wir platzen organisatorisch aus allen Nähten.“ Einige der Agrarrebellensahen schon den Zeitpunkt gekommen, einen „zweiten Bauernverband“ zu gründen.

Doch obwohl Osenberg – rhetorisch – fragte: „Wer soll es tun, wenn nicht wir? Und wann sollen wir es tun, wenn nicht jetzt?“, wagten die Alternativbauern noch nicht den direkten Anlauf gegen Heeremans Mammut-Organisation, in der immerhin 90 Prozent aller Höfe organisiert sind.

Erst einmal wollen die „Bauernblatt“-Leute ihre eigenen Organisationsstrukturen ausbauen, nachdem sie in den vergangenen Jahren – aus basisdemokratischen Gründen – auf einen zentralen Apparat verzichtet hatten. Erfreut registrieren sie, daß ihr Einfluß seit langem stetig wächst.

Längst wird die AbL zu Hearings in Landtage und Fachausschüsse gebeten. Unlängst diskutierte gar, vor den Kamearas des hessischen Fernsehens, Ignaz Kiechle mit Onno Poppinga, Professor an der Gesamthochschule Kassel und einer der theoretischen Köpfe der Bauernopposition.

In Hessen verzeichnete die „Bauernblatt“-Bewegung auch ihren bisher wohl bedeutendsten politischen Einsatz. In Wiesbaden saßen AbL-Mitglieder 1984 für die Grünen mit der SPD am Verhandlungstisch. Die Öko-Partei hatte sich, „weil zu wenig Ahnung“, vor den Tolerierungsverhandlungen hilfeschend an die „Bauernblatt“-Leute gewandt.

Sogar die Bauernverbandspresse, die lange Zeit die Agraroppositionellen totgeschwiegen hat, kommt nun nicht mehr darum herum, sie gelegentlich zu erwähnen – wenn auch zumeist zum Zwecke der Diffamierung. Von „Ohrwürmern“ ist dann die Rede, die „den Bauern vor fremde Karren spannen“ wollten, von „grünen Kommunisten“ und „Studenten“.

Doch selbst die Kommunistenangst der Bauern scheint nicht mehr das, was sie früher mal war. Bei den jüngsten Demonstrationen jedenfalls machten westdeutsche Bauern ihrer Existenzangst mit einer Parole Luft, wie sie noch vor wenigen Jahren unvorstellbar gewesen wäre.

„Lieber im Sozialismus ehrenvoll enteignet werden“, verkündete da ein Transparent, „als sich im Kapitalismus kaputtzuschleppen.“

AUSSENPOLITIK

Richtiger Weg

Die deutschen Bundesländer fühlen sich in Brüssel schlecht vertreten. Bereits zwei Länder eröffneten eigene Büros.

Bonnens Wirtschaftsminister Martin Bangemann findet die Entwicklung „skandalös“. Der für Europa zuständige Bonner Staatsminister Lutz Stavenhagen hegt „Zweifel, ob das der richtige Weg ist“. Und AA-Beamte fürchten schon um den außenpolitischen Alleinvertretungsanspruch ihres Amtes.

Mit Argwohn verfolgt die Bundesregierung das frisch erwachte Interesse der

deutschen Bundesländer an Europa und deren Drang, sich eigene Filialen bei der EG in Brüssel zuzulegen. Nachdem Hamburg schon mit einem „Hanse-Office“ und das Saarland mit einem Informationsbüro in der belgischen Hauptstadt präsent sind, hat nun auch Nordrhein-Westfalen – so der Chef der Düsseldorfer Staatskanzlei, Klaus Dieter Leister – die EG-Zentrale als „einen ökonomisch und politisch wichtigen Platz“ entdeckt. Noch im Sommer wird Düsseldorf Landesregierung in Brüssel ein Verbindungsbüro eröffnen.

Baden-Württemberg, Hessen und Bayern wollen ebenfalls eigene Repräsentanten an den Sitz der EG-Kommission entsenden. Sie treibt es nicht nur an die Finanztröge der über zweihundert Gemeinschaftsfonds und -programme, um „die Kuh Europa zu melken“, so der saarländische Europa-Beauftragte Ottokar Hahn. Sie meinen vielmehr, daß ihre regionalen Bedürfnisse in der Europäischen Gemeinschaft in den letzten Jahren zu oft unberücksichtigt blieben.

Die Bundesregierung, so kritteln die Landespolitiker, habe immer nur das Ganze im Auge. Dabei seien ihre Länderinteressen doch mindestens ebenso schwerwiegend wie die des EG-Mitglieds Luxemburg, das seine Wünsche am Verhandlungstisch äußern könne.

Zudem haben auch andere Regionen Beobachtungsposten und Lobbyisten vor Ort. Amerikanische Bundesstaaten wie Ohio unterhalten in Brüssel Büros, die „cassa per il Mezzo-

SAARLAND BUREAU INFORMATION ET PROMOTION ECONOMIQUE



Brüsseler Saarland-Büro, Mitarbeiterin
Mitreden in der europäischen Zentrale



Hamburger „Hanse-Office“ bei der EG: Lobby für die Werften